

UNGARN

FRANK SPENGLER
BENCE BAUER

9. April 2018

www.kas.de/ungarn

Ungarische Regierungsparteien gewinnen Zweidrittelmehrheit

Am 8. April 2018 fanden in Ungarn die achten Wahlen zur Ungarischen Nationalversammlung nach der Wende statt. Die Regierungsparteien „Bund Junger Demokraten–Ungarische Bürgerliche Union (Fidesz)“ und die „Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP)“ konnten nach aktuellem Stand zum dritten Mal in Folge eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit erringen. Mit 48,85% der Listenstimmen und 91 von 106 gewonnenen Direktmandaten bleiben die Regierungsparteien eindeutig stärkste politische Kraft. Die Ungarn bestätigten damit die Politik von Ministerpräsident Viktor Orbán.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Ergebnisse und erste Reaktionen der Politiker und Medien aufgeführt werden. Diese Zusammenfassung baut auf dem umfangreichen Vorwahlbericht von Anfang März 2018 (<http://www.kas.de/ungarn/de/publications/51718/>) auf.

Die Wahlbeteiligung lag mit 69,41% deutlich höher als noch vor vier Jahren (61,24%) und fast so hoch wie beim historischen Höchststand 2002 (70,53%). Mit beachtlichen Zuwächsen von mehr als vier Prozentpunkten konnten die Regierungsparteien Fidesz/KDNP einen Überraschungserfolg erzielen, den vorab so kaum jemand für möglich gehalten hätte. Das Parteienbündnis musste nur in der Hauptstadt Budapest nennenswerte Stimmenverluste hinnehmen und verlor dort vier Wahlkreise an die Opposition.

Die Regierungsparteien gewannen nur sechs von 18 Budapester Wahlkreisen. In den ländlichen Regionen mussten die beiden dominierenden Parteien nur einen Sitz an Jobbik und an einen unabhängigen Kandidaten abgeben, während ein Wahlkreis von den Sozialisten zurückerobert wurde.

Von den 23 angetretenen Parteien bzw. Wahlbündnissen konnten nur fünf die Sperrhürde von 5% und 10% überwinden.

Die Ergebnisse stellen sich bei einem Auszählungsstand von 98,96% wie folgt dar:

Fidesz/KDNP	2.598.269 Stimmen	48,85%
Jobbik	1.029.370 Stimmen	19,35%
MSZP/P	652.178 Stimmen	12,26%
LMP	366.166 Stimmen	6,88%
DK	294.741 Stimmen	5,54%
Momentum	150.188 Stimmen	2,82%
Sonstige	191.018 Stimmen	3,60%
Stand der Auszählung 9.04., 16 Uhr		98,96%

Von den 106 direkten Wahlkreismandaten (Erststimme) gewann Fidesz/KDNP 91, während die Opposition in 15 Wahlkreisen erfolgreich war. Die Parlamentssitze, die über Parteilisten vergeben wurden, setzen sich zusammen aus der Anzahl der Zweitstimmen und den „unnötigen“ sogenannten Bruchstimmen (Erststimmen der Wahlkreisverlierer sowie die Erststimmen der Wahlkreisgewinner, die für den Sieg nicht mehr erforderlich sind). Die Anzahl der Bruch-

stimmen betrug fast 3 Millionen. Grundlage der Berechnung für die Parteilistenmandate:

UNGARN

FRANK SPENGLER

BENCE BAUER

9. April 2018

www.kas.de/ungarn

Parteien mit Wahllisten	Zweitstimmen	Bruchstimmen	Stimmen für Parteilisten
Fidesz/KDNP	2.598.269	1.208.360	3.806.629
Jobbik	1.029.370	1.175.081	2.204.451
MSZP/P	652.178	429.978	1.082.156
LMP	366.166	270.275	636.441
DK	294.741	274.850	569.591
Alle Parteilistenstimmen			8.299.268
Stand der Auszählung 9.04., 16 Uhr			98,96%

Die Verteilung der Mandate in der neuen Ungarischen Nationalversammlung stellt sich wie folgt dar:

Partei	Direktmandate	Listenmandate	Gesamtzahl	Prozent
Fidesz/KDNP	91	43	134	67,34%
Jobbik	1	24	25	12,56%
MSZP/P	8	12	20	10,05%
DK	3	6	9	4,52%
LMP	1	7	8	4,02%
Együtt	1	0	1	0,50%
Unabhängig	1	0	1	0,50%
LdU (Ungarndeutsche)	0	1	1	0,50%

Das Wahlergebnis ist auch Ausdruck von politischer Pluralität und Stabilität sowie einer funktionierenden Parteiendemokratie im Lande. Die Ungarn entschieden sich für die etablierten Parteien, die auch in der letzten Legislaturperiode in der Nationalversammlung vertreten waren. Die Gewinne von Fidesz/KDNP sind auch darauf zurückzuführen, dass gerade die Wähler auf dem Land erfolgreich mobilisiert werden konnten. Darüber hinaus waren die Oppositionsparteien kaum in der Lage, zu einem gemeinsamen abgestimmten Wahlverhalten aufzurufen. Den Regierungsparteien scheint es wieder einmal gelungen zu sein, ihr Wählerreservoir voll ausgeschöpft und darüber hinaus noch ausgebaut zu haben. Die höhe-

re Wahlbeteiligung kam, entgegen den Erwartungen politischer Analysten, dem Regierungsbündnis zugute. Die Oppositionsparteien nahmen in der Wählergunst relativ ab. Dass Fidesz/KDNP nach einer Regierungszeit von acht Jahren abermals die parlamentarische Zweidrittelmehrheit erreichen konnten, ist ein bemerkenswerter Erfolg. Die Regierungsparteien sehen ihren politischen Kurs bestätigt, während die Opposition die sich aus der Nachwahl in Hódmezővásárhely entwickelte Dynamik nicht nutzen konnte. Sie waren wohl nicht in der Lage, dem Wähler zu vermitteln, warum sie eine umstrittene, aber in vielen Bereichen auch sehr erfolgreiche Regierung abwählen sollten.

Die Wahlergebnisse sind nur vorläufig

Noch sind nicht alle Briefwahlstimmen der Auslandsungarn ausgezählt, erwartet werden etwa 300.000 Stimmen. Diese können das Zweitstimmenergebnis erfahrungsgemäß noch zugunsten der Regierungsparteien verändern, da die Auslandsungarn weitgehend Fidesz/KDNP unterstützen. Wahlanalysten gehen davon aus, dass die Regierungsparteien noch einen Parlamentssitz auf 135 zulegen werden. Ferner wurden in jedem der 106 Wahlkreise die abgegebenen Stimmen von zuvor festgelegten Wahllokalen am Wahlabend nicht ausgezählt. Sie werden nach dem Urnengang mit den Wahlzetteln derjenigen Personen vermengt, die am Wahltag ihre Stimme entweder in einer der Vertretungen Ungarns im Ausland (Anmeldung) oder in einem anderen Wahlkreis im Inland (Ummeldung) abgaben. Es soll so verhindert werden, dass Rückschlüsse auf das Wahlverhalten der An- und Ummeldeten gezogen werden können. Die oben genannten Ergebnisse sind daher als vorläufig zu betrachten und werden gegen Ende der Woche vollständig vorliegen. In den 17 Wahlkreisen, in denen die Differenz zwischen erst- und zweitplatziertem Direktbewerber (Erststimme) nach der Auszählung am Wahlabend geringer war als die Gesamtzahl der noch nicht ausgezählten Stimmen, wurde daher offiziell kein Gewinner ermittelt. Die Zahl der noch nicht ausgezählten Stimmzettel pro Wahlkreis liegt zwischen 1.582 (Fejér 5) und 4.623 (Sza-



UNGARN

FRANK SPENGLER

BENCE BAUER

9. April 2018

www.kas.de/ungarn

bolcs 1). Die Stimmdifferenzen zwischen Erst- und Zweitplatzierten sind aber überall so groß, dass die Experten davon ausgehen, dass sich das vorläufige Ergebnis wohl kaum ändern wird. Auch können die noch nicht exakt zu ermittelnden Listenstimmen (Zweitstimme) sowie die Gewinner- und Verliererkompensation theoretisch noch kleinere Verschiebungen in der Mandatszu- teilung bewirken.

Ungarndeutsche stellen Abgeordneten

Anders als noch vor vier Jahren konnte die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen (LdU) mit einer erfolgreichen Mobilisierung ausreichend Stimmen erzielen, um zukünftig in der Ungarischen Nationalversammlung mit einem eigenen Abgeordneten vertreten zu sein. Sie erreichten 25.660 Stimmen, nötig waren 22.342 Stimmen. Diese Zahl wird nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren berechnet, die benötigten Stimmen hierfür betragen 25% der für ein reguläres Parteimandat erforderlichen Stimmen (89.368 Stimmen). Bisher hatten die Ungarndeutschen, wie alle anderen zwölf Nationalitäten, nur einen sogenannten Fürsprecher, der zwar ein parlamentarisches Rede- recht, jedoch kein Stimmrecht hatte. Der ungarndeutsche Abgeordnete, Emmerich Ritter, erhielt somit eines der 93 Listen- mandate. Andere Nationalitäten errangen jedoch keinen Parlamentssitz. Sie hatten mit Ausnahme der Roma nur eine hypothetische Chance: Nur die Zahl der Deutschen und der Roma kommt laut Volkszählung an die oben genannte Bezugsgröße heran.

Zahlen und Fakten

Wahlberechtigt waren 8.312.264 Personen, hiervon 7.933.815 im Mutterland und 378.449 im Ausland (Auslandsungarn). Die zweite Wählergruppe hatte aufgrund des fehlenden inländischen Wohnsitzes keine Erststimme für einen Wahlkreisbewerber, sondern nur eine Zweitstimme für die Par- teilisten. Diese Gruppe unterschied sich von wahlberechtigten Ungarn, die sich am Wahl- tag nicht im Lande aufhielten (z.B. Urlauber, Studenten, Geschäftsreisende). Diese konn- ten ihre Erststimme für den Wahlkreisbe- werber und ihre Zweitstimme für die Partei-

en abgeben. Bis zum Stichtag registrierten sich 58.310 Personen für eine Stimmabgabe in einer der ungarischen Auslandsvertretun- gen (Anmeldung) und 200.041 Personen für eine Stimmabgabe in einem anderen Wahl- kreis im Inland (Ummeldung).

Die Entwicklungen im Vorfeld der Wahl

Obwohl alle Meinungsforschungsinstitute im Vorfeld der Wahl für die Regierungsparteien ein eindeutiges Ergebnis im Bereich 40%- 50% vorhersagten, wiesen politische Be- obachter darauf hin, dass die Wahl letztlich mit der Erststimme in den Wahlkreisen ent- schieden werde. Im ungarischen Wahlrecht überwiegt das Mehrheitswahlrecht. Da nur ein Wahlgang zur Verfügung stand, mussten die Wahlabsprachen der Parteien in den ein- zelnen Wahlkreisen vor der Wahl erfolgen. Dazu war die sehr heterogene Opposition aber nur in einigen Fällen in der Lage. Es fehlte letztlich eine gemeinsame Strategie, eine gemeinsame thematische oder perso- nelle Alternative. Damit war bereits vor dem Urnengang zu erwarten, dass sich die oppo- sitionellen Wählerstimmen wieder auf viele Parteien verteilen und letztlich die Regie- rungsparteien wieder gewinnen würden.

Mit der „Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP)“ und ihrer Abspaltung „Demokrati- sche Koalition (DK)“ standen den Wählern des linken Meinungsspektrums im Wesentli- chen wieder nur abgewählte ehemalige linke Regierungsparteien als Auswahl zur Verfü- gung. Diese erhofften sich eine möglichst große Fraktion, um dem jeweils anderen die Führerschaft auf der politisch linken Seite streitig zu machen. Die Parteien strebten zwar vor allem zur Mobilisierung der eigen- en Wählerschaft den Regierungswechsel an, doch kam nicht nur in linken Kreisen immer wieder Skepsis auf, ob sie dieses Ziel wirklich ernsthaft angehen würden.

Daneben standen die seit 2010 neu im Par- lament vertretenen Parteien „Bewegung für ein Bürgerliches Ungarn (Jobbik)“ und „Poli- tik kann anders sein (LMP)“ für einen ande- ren Politikansatz. Beide wollten damit über- zeugen, dass nur neue politische Kräfte auch einen Neuanfang umsetzen könnten. Jobbik versuchte sich von ihrer rechtsext-

UNGARN

FRANK SPENGLER

BENCE BAUER

9. April 2018

www.kas.de/ungarn

remem Vergangenheit rhetorisch zu trennen und propagierte einen moderaten bürgerlichen Kurs. Die LMP definierte sich zwar offiziell als „grün-liberal“, verfolgte aber eine pragmatische Politik der bürgerlichen Mitte. Beide Parteien einte die Ablehnung sowohl der Politik von Fidesz/KDNP, als auch der von MSZP und DK, insbesondere auch wegen ihrer Gegnerschaft zu exponierten Personen dieser Parteien. Sie definierten sich als „Parteien des 21. Jahrhunderts“ und schlossen eine Zusammenarbeit nach der Wahl nicht grundsätzlich aus. Jobbik wurde von den Regierungsparteien schon immer als eine ernsthafte Herausforderung verstanden. Politische Analysten wiesen bereits vor der Wahl darauf hin, dass Jobbik mit einem konsequenten Kurs in Richtung politische Mitte sich als eine mögliche Alternative zu den Regierungsparteien präsentieren könnte, auch wenn sie damit das Risiko einginge, am rechten Parteirand dadurch Stimmen zu verlieren.

„Ungarn zuerst“ (Nekünk Magyarország az első) war die Kernaussage der Wahlkampfstrategie von Fidesz/KDNP. Im Mittelpunkt stand dabei der Kampf gegen die Migration, die Ungarns Zukunft gefährde. Die Opposition würde unter der Führung des ungarischstämmigen US-Multimilliardärs George Soros einer Einwanderung Tür und Tor öffnen. Daher stehe das Land vor einer „Schicksalswahl“, so Fidesz. Die ehemalige „graue Eminenz“ von Fidesz und heute in offener Gegnerschaft zur Partei stehende Unternehmer Lajos Simicska griff ebenfalls in den Wahlkampf ein. In seiner Tageszeitung „Magyar Nemzet“ publizierte er in den letzten Wochen vor der Wahl immer neue „Enthüllungsgeschichten“ über angebliche Machtmissbrauchs- und Korruptionsfälle führender Politiker von Fidesz/KDNP.

„Taktisches“ Wahlverhalten

Der Wettstreit der Opposition um die richtige Wahlstrategie war groß. Zunächst vereinbarten die beiden linksorientierten MSZP und DK, in den Wahlkreisen nicht gegeneinander anzutreten. Jobbik und LMP stellten anfangs Kandidaten in allen 106 Wahlkreisen auf. Die Linken versuchten vor allem LMP davon zu überzeugen, sich gegenseitig

die Wahlkreise zu überlassen. Mit Jobbik strebten sie jedoch keine Absprachen an. Jobbik lehnte es kategorisch ab, mit dem linken politischen Spektrum darüber Verhandlungen zu führen. LMP vertrat immer die Auffassung, dass eine Einigung aller relevanten Oppositionsparteien auf einen gemeinsamen Wahlkreiskandidaten gegen die Regierungsparteien notwendig wäre. Jedoch scheiterte der Versuch von LMP, alle Parteien an einen Tisch zu bringen. Stattdessen verhandelte sie jeweils separat mit Jobbik und den Linken. Jobbik zog keinen Kandidaten zurück. Die Partei ging wohl davon aus, dass in einem solchen Falle die eigenen Anhänger sich eher der Stimme enthalten oder Fidesz/KDNP wählen würden. Entscheidend sei eine möglichst hohe Wahlbeteiligung, so Jobbik. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 70% würde die Regierung ihre Mehrheit verfehlen. Dieser Analyse stimmten im Vorfeld auch einige Meinungsinstitute und politische Analysten zu. Nach dem Urnengang steht fest, dass diese Annahme falsch war.

Schließlich einigten sich die Parteien darauf, dass sie sich nicht einigen können. Nur in einigen Wahlkreisen kam es zu vereinzelt Rücktritten von LMP-Kandidaten zugunsten der MSZP sowie von Együtt und Jobbik. Einige chancenlose kleinere Parteien zogen ihre Kandidaten zurück. In ausgewählten Wahlkreisen überließen die Oppositionsparteien den Wahlkampf weitgehend der aussichtsreichsten Partei. So führte Jobbik in Budapest kaum einen nennenswerten Wahlkampf und die Linke überließ weite Landstriche in den ländlichen Regionen der ehemals rechtsradikalen Partei.

Da sich die Parteien nicht auf Wahlkreiskandidaten einigen konnten, gaben einige Organisationen der Bürgergesellschaft Wahlempfehlungen für den aussichtsreichsten Direktbewerber ab. Auch schaltete sich der neu gewählte Bürgermeister von Hódmezővásárhely in die Debatte ein und präsentierte Wahlempfehlungen. Die Bewegung V18, ein Zusammenschluss ehemaliger Politiker aller politischer Couleur, unterstützte eine Kampagne für einen Regierungswechsel und identifizierte dafür eine Reihe von chancenreichen Kandidaten in rund der Hälfte der Wahlkreise. Die Wahlergebnisse

UNGARN

FRANK SPENGLER

BENCE BAUER

9. April 2018

www.kas.de/ungarn

lassen den Schluss zu, dass die Wähler sich keinesfalls so taktisch verhalten haben, wie es sich die Oppositionsparteien gewünscht hätten. Die Zerstrittenheit der Opposition, der viel zu späte Versuch, eine Abstimmung unter allen Oppositionsparteien vorzunehmen und die fehlenden charismatischen personellen Optionen sind nur einige Gründe, warum die Wähler weitgehend lieber entlang traditioneller Muster wählten.

Erste Reaktionen der Parteien

Ministerpräsident Viktor Orbán sprach noch in der Wahlnacht vor jubelnden Anhängern von einem „Schicksalssieg“. „Wir haben die Möglichkeit bekommen, Ungarn beschützen zu dürfen“, so der Parteivorsitzende von Fidesz. Er erklärte, dass das Land noch nicht dort sei, wo man es gerne hätte, aber Ungarn würde den von ihm selbst gewählten Weg gehen. „Wir werden diesen Weg gemeinsam gehen“, versprach Orbán. Zugleich mahnte er aber Bescheidenheit an. „Wir müssen jetzt bescheiden sein, denn wir haben Grund dazu“, so der Ministerpräsident. Am Schluss seiner kurzen Rede dankte er den Auslandsungarn, der polnischen Regierungspartei sowie Anhängern und Unterstützern.

In den Reihen der Opposition sorgte das Wahlergebnis für ein politisches Erdbeben. Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Jobbik, Gábor Vona, bot seinen Rücktritt an. Trotz hoher Erwartungen vermochte es Vona nicht, seinen Wahlkreis Heves 2 direkt zu gewinnen, Jobbik errang nur den Wahlkreis Fejér 4. Die Partei stagnierte mit knapp einer Million Stimmen auf dem Niveau von 2014. Die Partei blieb weit unter ihrem Wahlziel, die Regierung abzulösen. Sie gewann aber gegenüber 2014 zwei Mandate hinzu. Gábor Vona gratulierte Fidesz/KDNP aber nicht zum Sieg, da dazu ein sportlicher Wettbewerb gehöre, den es allerdings nicht gegeben hätte.

Der unterlegene Ministerpräsidentenkandidat der „Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP)“, Gergely Karácsony, dankte allen Unterstützern und erkannte an, dass das Ergebnis deutlich unter den Erwartungen läge. Er argumentierte, dass es ihm auf-

grund der „Lügen, der Medienübermacht und der Wahlregularien“ sehr schwer falle, dem Wahlgewinner zu gratulieren, tat dies aber dennoch. Er erklärte, dass die politische Linke stärker als Jobbik sei und innerhalb der Linken wiederum die MSZP dominiere. Ferner führte er als Ursache des Scheiterns die fehlenden Absprachen der Opposition in den Wahlkreisen an. Der Parteivorsitzende Gyula Molnár, Gewinner eines Budapester Direktwahlkreises, trat von seinem Amt als Parteivorsitzender zurück, nachdem auch er zuvor zum Wahlerfolg der Regierung gratuliert hatte. Auch bei der grün-liberalen LMP führte das schlechte Abschneiden an den Urnen zu dem sofortigen Rücktritt des Ko-Vorsitzenden Ákos Hadházy. Mit nur acht Abgeordneten, darunter ein direkt gewählter Kandidat, Antal Csárdi, im Wahlkreis Budapest 1, blieb die Partei deutlich hinter den Erwartungen zurück. Ferenc Gyurcsány, Vorsitzender der Demokratischen Koalition (DK), verweigerte der Regierung ebenfalls die Anerkennung des Wahlerfolges und erklärte, dass die DK kein Gegenmittel gegen die simplifizierten Wahlkampfaußagen gefunden habe. Er erläuterte auch, dass sein Ideal einer offenen und bürgerlichen Gesellschaft in Ungarn derzeit keine Mehrheit habe, er aber weiterhin daran arbeiten wolle. Die Partei schaffte mit gerade über 5% den Einzug in die Ungarische Nationalversammlung, konnte aber auf Grund der gewonnenen drei Direktmandate die Anzahl der Parlamentarier auf neun steigern. Sichtlich enttäuscht und nach eigenem Bekunden auch wütend, zeigte sich der Vorsitzende der noch sehr jungen liberalen Partei Momentum. András Fekete-Győr gestand ein, die Wahlziele, Einzug in die Ungarische Nationalversammlung sowie Ablösung der Regierung, verfehlt zu haben. Er gab sich aber kämpferisch und versicherte, dass die Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode nicht durchhalten werde.

Erste Reaktionen der Medien

Der Leitartikel der konservativen regierungskritischen „Magyar Nemzet“ brachte am Tag nach der Wahl einen Leitartikel von Szabolcs Szerető mit dem Titel „Krieg der Ängste“. Bemängelt wurde, dass es seitens der Regierung keine allgemeine parteiunab-

UNGARNFRANK SPENGLER
BENCE BAUER

9. April 2018

www.kas.de/ungarn

hängige Informationskampagne zur Steigerung der Wahlbereitschaft gegeben hätte. Das Ziel von Fidesz/KDNP, so der Autor, sei es gewesen, die bewährte Stammwählerschaft an die Urnen zu bringen und ansonsten Passivität zu erreichen. Auch wurde unterstrichen, dass der Sieg der Opposition in Hódmezővásárhely zu einer starken Mobilisierung der Regierungsanhänger geführt hätte. Zudem hätte eine zweifache Angst das Land durchdrungen, einerseits die von der Regierung geschürte Angst vor einer Migrationswelle und andererseits die aggressive Machtausübung von Fidesz, die auch den gesellschaftlichen Frieden gefährde, so Szerető. Die linke „Népszava“ befürchtet in ihrem Leitartikel, dass Viktor Orbán die Zivilgesellschaft, die noch existierende kritische Presse, Brüssel, Europa und die Vereinten Nationen erneut „angreifen“ werde. Diese Art von Regierungsführung verspreche nichts Gutes, so der Artikel von Róbert Friss. Ungarn würde sich weiterhin von Europa entfernen und in Richtung einer „autoritären, vergammelten, korrupten“ Politikausübung getrieben. Die regierungsfreundliche „Magyar Idők“ unterstrich im Leitartikel des Chefredakteurs Ottó Gajdics die enorme Legitimation der wiedergewählten Orbán-Regierung sowie die Zerstrittenheit der Opposition, die nur noch von einer „Orbánphobie“ und einem „Fidesz-Hass“ zusammengehalten werde. Gajdics griff auch den Appell von Viktor Orbán auf, bescheiden zu sein. In diese Bescheidenheit passe aber auch eine gute Portion Freude und Stolz.

Bewertung und Ausblick

Die Wahlen entsprachen den international anerkannten Grundsätzen einer allgemeinen, freien, geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahl. Auch wenn es Kritik am Wahlkampfstil von Fidesz gab, wird das Ergebnis der Wahl zumindest aus formalrechtlicher Sicht auch von der Opposition nicht in Frage gestellt. Das zum zweiten Mal angewandte Wahlrecht hat mit seinen Elementen des Mehrheitswahlrechts für eine stabile Regierungsmehrheit gesorgt. Parteien mit starken Hochburgen und anerkannten Persönlichkeiten profitieren von einem solchen Wahlrecht. In Ungarn waren dies neben Fidesz/KDNP auch zwei Parteien des politi-

schen linken Spektrums. Dieses Wahlrecht führte aber auch dazu, dass die Regierungsparteien bei dieser Wahl fünf Wahlkreise abgeben mussten, obwohl im Vergleich zu 2014 die Differenz zum Zweitplatzierten um 9 Prozentpunkte auf 29 Prozentpunkte angewachsen ist.

Die Opposition steht vor einem nicht erwarteten Scherbenhaufen. Die in den Wahlen versuchte Annäherung wird sehr wahrscheinlich im politischen Alltag bald in Vergessenheit geraten. Das linke politische Zentrum muss eine unverbrauchte Persönlichkeit finden, hinter der sich die gebeutelten Parteien gemeinsam neu aufstellen können. Jobbik wird weiter versuchen, mit dem politischen Spagat zwischen rechtsextremen Positionen und einer angestrebten Politik der bürgerlichen Mitte ihr Wählerpotential zu finden. Für neue politische Bewegungen, wie in anderen Ländern Europas, gibt es nach den Wahlen keinen Hinweis auf einen nachhaltigen Erfolg, die etablierten Parteien werden auch in der nächsten Legislaturperiode die Politik des Landes bestimmen.

Die Tatsache, dass die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen erstmals einen Abgeordneten in die Ungarische Nationalversammlung gewählt hat, wird sicherlich die Stellung der Nationalität auch im Sinne eines Brückenbauers nach Deutschland und in die Europäische Union stärken. Die ungarischen Wähler haben sich in einem erstaunlichen Maße wieder für die Kontinuität entschieden. Die Außenbeziehung und das Verhältnis zur Europäischen Union werden auch weiterhin im Fokus der Politik von Fidesz/KDNP stehen. Nach den Wahlen in Deutschland und Ungarn sollte vor allem der parlamentarische Dialog wieder neu belebt werden. Darüber hinaus muss sich die Partei mit aller Kraft den vorrangigen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen: Gesundheit, Bildung und Demographie.

Es bleibt zu hoffen, dass alle Parteien nach einem aufregenden und intensiven Wahlkampf mit daran arbeiten, die bedrückende Polarisierung des Landes abzubauen. Im nächsten Jahr stehen die Europawahlen an. Dies wird ein erster Test auch für die mögliche Neuausrichtung einzelner Parteien sein.